

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Hendrik Hollender
Mainzer-Tor-Anlage 6

61169 Friedberg

Friedberg, 06.06.2025

Zeichen: ohne

Fraktion der FDP
in der
Stadtverordneten-
versammlung Friedberg

Sabine Fuchs
Fraktionsvorsitzende

sabine.fuchs@fdp-
friedberg-hessen.net

[www.fdp-friedberg-
hessen.net](http://www.fdp-friedberg-hessen.net)
www.fdp.de

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

für die kommende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am
03.07.2025 bitten wir, folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen:

Rahmenbedingungen für die Erstellung von günstigem Wohnraum mit Fokus auf Studierende

Antrag

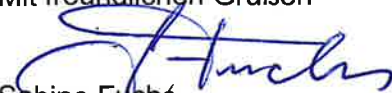
- Der Magistrat der Stadt Friedberg nimmt zeitnah Kontakt mit dem Hessischen Ministerium der Finanzen (bzw. dem Landesbetrieb Bau und Immobilien des Landes Hessen) sowie dem Hessischen Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat auf mit dem Ziel der Schaffung von Vereinbarungen hinsichtlich einer städtebaulichen Entwicklung des Geländes der ehemaligen Jugendarrestanstalt Friedberg (entlang der Frankfurter Straße).
- Der Magistrat der Stadt Friedberg nimmt zeitnah Kontakt mit dem Studierendenwerk Gießen der THM, der THM selbst sowie weiteren Studierenden-Vertretungen auf mit dem Ziel der Erarbeitung eines Konzepts zur Errichtung und Betriebs eines oder mehrerer Studierendenwohnheime auf diesem Gelände unter Beteiligung von Investitionsfinanzierungen privater Kapitalgeber.
- Der Magistrat der Stadt Friedberg berichtet im zuständigen Ausschuss regelmäßig über den Fortgang der Initiative.

Begründung

Die THM am Standort Friedberg verzeichnet seit Jahren steigende Studierendenzahlen; dieser Trend wird sich nach Erwartungen von Fachleuten zukünftig weiter fortsetzen. Zugleich nimmt das Angebot an bezahlbaren und auf die Zwecke und Ansprüche von Studierenden zugeschnittenen Wohnraums in Friedberg und Umgebung nicht in erforderlichem Umfang zu. Neben der Aktivierung privater Wohnungsangebote sind auch auf staatlichen Flächen, die derzeit und/oder künftig keiner Nutzung mehr unterliegen, Möglichkeiten zur Schaffung neuen, nachfrageorientierten Wohnraums zu schaffen. Dazu bietet sich das seit Jahren ungenutzte Gelände der ehemaligen Jugendarrestanstalt in Friedberg an. Der Magistrat sollte das Gelände entweder selbst erwerben oder sich für den Erwerb durch Dritte einsetzen. Dazu ist Kontakt zu den zuständigen Ministerien herzustellen und dort auf eine Lösung im Sinne der hier skizzierten Anforderungen der Stadt Friedberg hinzuwirken.

Die in der Stadtverordnetenversammlung Friedberg vertretenen Parteien werden gebeten, diese Initiative ihrer Landtagsfraktion vorzustellen, mit der Bitte der parlamentarischen Unterstützung des Vorhabens.

Mit freundlichen Grüßen


Sabine Fuchs